

Erfolg für die Bürger

Marsch-Politiker und BI-Sprecher begrüßen Ergebnis der Electrabel-Anhörung. Politiker und BI-Sprecher aus der Haseldorfer Marsch begrüßen das Ergebnis der Anhörung zum Electrabel-Kohlekraftwerk in Stade. Der belgische Energieversorger muss sein Projekt besser begründen.

Von Thomas Pöhlsen

Haseldorf/Hetlingen/Haselau/

Neuendeich/Stade. Für die Kommunalpolitiker sowie den Sprechern der Bürgerinitiative aus der Marsch war Stade eine Reise wert. Eine Überraschung erlebten sie während der viertägigen Anhörung zum Kohlekraftwerksbau der Firma Electrabel im Stadeum (die UeNa berichteten über die Ergebnisse der Anhörung in der Sonnabend-Ausgabe).

„Ich hatte den Eindruck, die Electrabel-Vertreter waren nicht gut vorbereitet“, urteilt Niels-Peter Rühl, Sprecher der „Bürgerinitiative gegen eine massive umweltbelastende Industriekonzentration in Stade“. Einige Fragen konnten nicht oder nicht abschließend beantwortet werden, so dass weiter Klärungsbedarf besteht. „Je diffiziler die Probleme wurden, des-to mehr kam Electrabel in Schwierigkeiten“, berichtet der Haselauer Bürgermeister Rolf Herrmann (CDU).

Lob gab es von Niels-Peter Rühl dagegen für die Vertreter der Stader Bürgerinitiative: „Die waren ausgezeichnet vorbereitet.“ Froh ist der SPD-Landtagsabgeordnete und Haseldorfer SPD-Vorsitzende Thomas Hölck über die zahlreichen Einwände der Bürger gegen das Projekt. Auf diese Weise werde das Projekt noch einmal ganz genau abgeklöpft.

„Die Mängel in der Planung müssen von Electrabel aufgearbeitet werden und damit können wir uns dann noch einmal ausführlich in den Gemeindevertretungen und Ausschüssen beschäftigen“, erklärt die Hetlinger Bürgermeisterin Barbara Ostmeier (CDU). Sie hält es für dringend notwendig, sich weiterer juristischer Hilfe zu bedienen.

Rolf Herrmann möchte eine finanzielle Unterstützung der Stader BI durch die Marsch-Gemeinden, falls etwa in einem Normenkontrollverfahren gegen die Genehmigung gerichtlich vorgegangen wird. Dies sei allerdings seine persönliche Meinung, schränkt er ein. Entscheiden müssten die gemeindlichen Gremien. „Es gibt kein anderes Indus-trieunternehmen in Deutschland, das es sich leisten kann, mehr als die Hälfte seines Produkts nicht zu verkaufen, sondern kostenlos zu vernichten“, steht für Michael Rahn (Freie Wahlgemeinschaft Hetlingen) fest, „das schaffen hier nur die Energiekonzerne mit ihren Atommeilern und Kohlekraftwerken.“ Ein Kraftwerk wie das von Electrabel, das seine Wärme nicht an ein anderes Unternehmen oder die Wohnbevölkerung abgebe, sondern nur Mensch und Natur damit belas-te, passe nicht mehr in eine moderne dicht besiedelte Indus-trienation. Kasten

„WIR BRAUCHEN EINEN TERMIN MIT DER POLITIK“

Wichtig für die Bürger auf dieser Seite der Unterelbe sind die Ergebnisse einer Untersuchung des TÜV Nord, die während der durch das Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg durchgeführte Electrabel-Anhörung erörtert wurde. Danach würden die meisten Emmisionen in Haseldorf, Haselau, Hetlingen und Neuendeich niedergehen, berichtet Niels-Peter Rühl, Sprecher der „Bürgerinitiative gegen eine massive umweltbelastende Industriekonzentration in Stade“.

Allerdings ergeben die Ausbreitungsrechnungen auch, dass die Grenzwerte in der Haseldorfer Marsch nie überschritten werden würden. Völlig unverständlich für ihn, dass nur nordöstlich vom geplanten Kraftwerk gemessen werde, also dort, wo der Wind nur ganz selten Abgase hintreibe. Zu einem Knackpunkt des Projekts könnte der neue „Wärmelastplan“ für die Elbe werden, den Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen gemeinsam ausgearbeitet haben, so Rühl. Danach darf Electrabel deutlich weniger im Kühlkreislauf erwärmtes Wasser zurück in den Fluss leiten. Dieses Problem wird allerdings abschließend in einem gesonderten Anhörungsverfahren geprüft.

Der Haselauer Bürgermeister Rolf Herrmann verweist darauf, dass Electrabel an drei Standorten Kohlekraftwerke plane, jedoch nur zwei Anlagen realisieren wolle. In Wilhelmshaven und Brunsbüttel ist im Gegensatz zu Stade der Widerstand der Bevölkerung gering. Bei den weiteren Stader Projekten komme die Kooperation DOW/EnBW flott voran, das E.ON-Projekt scheine in der Warteschleife zu hängen. Niels-Peter Rühl will möglichst schnell mit Vertretern der Kieler Landesregierung über die Kraftwerksbauten reden. Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (CDU) hatte während einer Wahlkampfveranstaltung in Haseldorf einen offenen Dialog zugesagt. Der BI-Sprecher stellt fest: „Wir brauchen hier in der Marsch einen Termin mit der Politik.“ (tp)

Im Internet finden Sie diese Meldung unter der URL:

<http://www.uenade/artikel/2405443>

© 2006 www.uenade